

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

# Spionage in Politik und Wirtschaft

## Akteure, Aufklärungsschwerpunkte und Methoden

### Akteure und Aufklärungsschwerpunkte

In Deutschland sind zahlreiche ausländische Nachrichtendienste mit ganz unterschiedlichen Aufklärungsschwerpunkten aktiv, was auch Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen hat. Nachrichtendienste hoch entwickelter Staaten wollen durch Spionage vor allem im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb weiter Schritt halten oder sogar Wettbewerbsvorteile erzielen. Nachrichtendiensten von Krisenländern geht es in politischer Hinsicht vor allem um die Aufklärung und Unterwanderung von Oppositionellen ihrer Länder, die in Deutschland leben. In wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht entwickeln die Nachrichtendienste dieser Länder vor allem proliferationsrelevante Aktivitäten. Als Hauptakteure im Freistaat Sachsen gelten weiterhin die Nachrichtendienste Russlands und Chinas. Daneben stehen arabische, nordafrikanische und weitere asiatische Nachrichtendienste im Verdacht, Spionageaktivitäten zu entfalten. Aber auch der Einsatz westlicher Nachrichtendienste kommt in Betracht.

### Russische Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation waren für die russische Staatsführung im Jahr 2015 erneut von großer Wichtigkeit. Sie genießen dort nach wie vor ein hohes Ansehen, unter anderem wegen ihrer Bemühungen zur Aufklärung oder Beeinflussung politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklungen im Ausland. Der russische Gesetzgeber hat diesen Trend weiter begünstigt, etwa durch erneute Restriktionen im Bereich des Datenschutzes. So dürfen personenbezogene Daten russischer Staatsbürger im Internetverkehr künftig nur noch auf russischen Servern gespeichert und verarbeitet werden. Das gilt selbst dann, wenn diese Personen Kunden oder Angestellte ausländischer Unternehmen sind, unabhängig davon, ob diese Unternehmen eine Niederlassung in Russland haben oder nicht. Damit ist eine noch bessere Überwachung des Informationsflusses mit dem Westen gewährleistet.

Gegen deutsche und damit auch sächsische Sicherheitsinteressen entwickelten insbesondere der russische zivile Auslandsnachrichtendienst<sup>1</sup>, der militärische Auslandsnachrichtendienst<sup>2</sup> und der Inlandsnachrichtendienst<sup>3</sup> Aktivitäten. Diese Aktivitäten gingen einher mit einer sehr offensiven russischen Außenpolitik, die in der Annexion der Krim, der Verschärfung des Ukraine-Konfliktes und dem militärischen Eingreifen in den Syrien-Konflikt ihre Höhepunkte fand. Die daraus folgenden internationalen Reaktionen

<sup>1</sup> Служба Внешней Разведки Российской Федерации (СВР)/Sluschba Wneschnei Raswedki Rossijskoj Federazii (SWR); Übersetzung: Dienst der Außenaufklärung der Russischen Föderation

<sup>2</sup> Главное разведывательное управление Генерального штаба ВС (ГРУ)/Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije Generalnowo Staba WS (GRU); Übersetzung: Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation

<sup>3</sup> Федеральная Служба Безопасности Российской Федерации (ФСБ)/Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii (FSB); Übersetzung: Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

setzten sowohl die russische Politik als auch die russische Wirtschaft unter erheblichen Druck und führten zum Versuch nachrichtendienstlicher Entlastungsmaßnahmen. Dafür boten die russischen Nachrichtendienste ein breites Spektrum an Aktivitäten auf, bei denen es unter anderem darum ging, die Politik der russischen Staatsführung zu rechtfertigen und den Westen in die Verantwortung für die angespannte politische Situation in Osteuropa und dem Nahen Osten zu stellen. Für die flankierende politische Aufklärung von Interesse waren etwa die deutsche Haltung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Finanz- und Energiepolitik, aber auch die Rolle Deutschlands in der NATO. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es vor allem darum, die angeschlagene russische Wirtschaft mit neuem Know-how zu versorgen.

Vor diesem Hintergrund bildet der Freistaat Sachsen als bedeutsamer Bestandteil der deutschen Politiklandschaft und als innovativer und leistungsstarker Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Deutschland ein lukratives Ziel russischer Nachrichtendienste.

## Volksrepublik China

Auch die Volksrepublik China hat 2015 wieder erhebliches Gewicht auf die Aktivitäten ihrer Nachrichtendienste gelegt. Die chinesische Staatsführung nutzt ihre Nachrichtendienste gezielt zur Informationsgewinnung in Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft, um sich strategische Vorteile zu verschaffen und die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Dafür haben die chinesischen Nachrichtendienste eine starke Personalausstattung und umfangreiche Befugnisse erhalten. Die verschiedenen nachrichtendienstlichen Maßnahmen organisiert in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit<sup>4</sup>, das als In- und Auslandsdienst strukturiert ist. Angehörige sind an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (sogenannte Legalresidenturen) präsent und dabei oft als Diplomaten oder Journalisten getarnt. Auch der militärische Nachrichtendienst<sup>5</sup> und das Ministerium für öffentliche Sicherheit<sup>6</sup> als Leitungsebene der Polizei sind mit Aufklärungsmaßnahmen gegen Deutschland aktiv.

Nach wie vor stehen innovative deutsche Unternehmen und Hochschuleinrichtungen im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste, was auch den Freistaat Sachsen für diese Dienste interessant macht. Das gilt umso mehr, als die chinesische Wirtschaft in den vergangenen Jahren an Prosperität verloren hat und doch weiterhin ambitionierte Ziele verfolgt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit chinesischer Nachrichtendienste ist das Ausspähen und die Unterwanderung von in Deutschland lebenden oppositionellen Kräften, die von der chinesischen Regierung zu den sogenannten „Fünf Giften“<sup>7</sup> gezählt werden. Da sich auch im Freistaat Sachsen Angehörige der chinesischen Opposition aufhalten, ist davon auszugehen, dass der Freistaat auch aus diesem Grunde ein lohnendes Ziel der chinesischen Nachrichtendienste ist.

---

<sup>4</sup> Ministry of State Security (MSS)

<sup>5</sup> Military Intelligence Department (MID)

<sup>6</sup> Ministry of Public Security (MPS)

<sup>7</sup> Unter der diffamierenden Bezeichnung „Fünf Gifte“ werden von der Kommunistischen Partei Chinas Mitglieder der Vereinigung der Uiguren, Anhänger einer Eigenständigkeit Tibets, Praktizierende der Falun Gong-Bewegung, Anhänger einer Eigenstaatlichkeit Taiwans und Angehörige der Demokratiebewegung zusammengefasst.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

## **Arabische, nordafrikanische und weitere asiatische Nachrichtendienste**

Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste führen in Deutschland in erster Linie Maßnahmen gegen hier lebende Oppositionelle aus ihren Heimatländern durch. Die politischen Veränderungen der letzten Jahre im arabischen und nordafrikanischen Raum haben daran nichts geändert. Damit dürften die in Sachsen lebenden Einwanderer und Flüchtlinge aus den einschlägigen Krisenregionen nach wie vor als Ziel der jeweiligen Nachrichtendienste gelten, insbesondere, wenn sie sich oppositionell betätigt haben.

Insbesondere die syrischen Nachrichtendienste dürften starkes Interesse am Verbleib bekannter Oppositioneller und deren Rolle im syrischen Bürgerkrieg haben. Die Ausforschung persönlicher Umstände kann dann zur Repression gegen spätere Rückkehrer oder gegen in der Heimat verbliebene Verwandte genutzt werden. Als Agenten können vermeintliche Flüchtlinge oder seit längerem in Deutschland lebende Landsleute zum Einsatz kommen. Vergleichbare Aktivitäten zeigen andere arabische, nordafrikanische und asiatische Nachrichtendienste. So ließ die Bundesanwaltschaft im Oktober 2015 einen iranischen Staatsangehörigen festnehmen, der dringend verdächtig ist, Angehörige der militanten iranischen Oppositionsbewegung „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) gegen Bezahlung ausgeforscht und die Informationen an seine nachrichtendienstlichen Auftraggeber weitergegeben zu haben. Nordkorea und Indien stehen im Verdacht ähnlicher Vorgehensweisen.

## **Westliche Dienste**

Die Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bearbeiten auch nachrichtendienstliche Aktivitäten westlicher Staaten gegen Deutschland. Insbesondere die fortwährenden Veröffentlichungen interner Dokumente haben das mögliche breite Spektrum von Spionageaktivitäten amerikanischer Nachrichtendienste und anderer westlicher Dienste verdeutlicht. In erster Linie aus den Snowden-Enthüllungen folgt der Verdacht, westliche Dienste nutzten ihre technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, um weltweit Kommunikationsdaten abzuschöpfen. Vor allem die amerikanische NSA soll ihre Möglichkeiten in enger Zusammenarbeit mit dem britischen „Government Communications Headquarters“ (GCHQ) auch gegen Deutschland einsetzen. Im August 2015 erhob die Bundesanwaltschaft vor dem Oberlandesgericht München Anklage gegen einen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes. Dieser Mitarbeiter soll Anfang 2008 mit dem US-amerikanischen Nachrichtendienst „Central Intelligence Agency“ (CIA) in Kontakt gekommen sein und sich zu einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bereit erklärt haben. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit soll er der CIA gegen insgesamt 95.000 Euro zahlreiche dienstliche Dokumente und interne Informationen über die Aufklärungstätigkeit und die Organisation des Bundesnachrichtendienstes (BND) zugespielt haben.

Der Verfassungsschutz geht in Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages jedem Anfangsverdacht von Spionageaktivitäten westlicher Dienste nach.